



«Wir setzen unsere Sozialwerke aufs Spiel»: SVP-Politikerin Bircher.

## «Herz für die Bevölkerung»

Martina Bircher belegt ihre Warnungen vor einem finanziellen Kollaps der Gemeinden mit nüchternen Zahlen und harten Fakten. Innert kurzer Zeit hat es die Aarburger SVP-Gemeinderätin zu Bekanntheit gebracht. Was treibt die junge Frau an? *Von Alex Reichmuth und Thomas Buchwalder (Bild)*

**Martina Bircher, wir wagen die Behauptung: Wenn Sie auftauchen an einer politischen Sitzung, einer öffentlichen Versammlung oder einem Podium sinkt bei einigen Leuten sofort die Stimmung.**

Da scheint etwas dran zu sein. Kürzlich etwa trat ich an einer Gemeindeversammlung vor das Mikrofon und sagte: «Immer wenn ich hier stehe, muss ich leider etwas Negatives sagen.»

**Es ging um die Kosten für Sozialhilfe.**

Ich musste mitteilen, dass der Anteil der Einwohner, die in Aargau Sozialhilfe beziehen, erneut gestiegen ist – von 5,8 Prozent auf 5,9 Prozent. Und das, obwohl wir bereits vorher die Gemeinde mit der höchsten Sozialhilfequote im ganzen Kanton Aargau waren.

**Wie reagierten die Anwesenden?**

Ich belies es ja nicht einfach bei dieser schlechten Botschaft, sondern umriss, welche Gegenmassnahmen der Gemeinderat trifft, um den Anstieg der Sozialkosten zu stoppen. Viele Einwohner unserer Gemeinde sagten mir danach, sie seien froh, transparent informiert zu werden.

**Kürzlich waren Sie in der SRF-Talksendung «Club» eingeladen, wo es um Asylanten und anerkannte Flüchtlinge ging. Dabei zeigten Sie sich pessimistisch, was die Integration dieser Menschen angeht. Sie agierten als eine Art Spielverderberin in der sonst beschaulichen Runde.**

Das war auch nötig. Ich war erstaunt, wie die anderen Diskussionsteilnehmer die Probleme bei der Integration von Asylanten schön geredet haben. Sie führten einzelne Beispiele an, in denen diese Integration vorbildlich

verläuft. Natürlich lassen sich immer Fälle finden, in denen es gut funktioniert. Übers Ganze gesehen, sieht die Realität aber weit weniger erfreulich aus.

**Nämlich?**

Heute kommen die Asylsuchenden meist aus aussereuropäischen Kulturen und sind in der Regel schlecht ausgebildet. Sie haben grösste Mühe, sich in der Schweiz zurechtzufinden. Oft ist auch ihr Gesundheitszustand schlecht. Darum wird die Kostenexplosion in der Sozialhilfe und im Gesundheitswesen weitergehen. Die Schulen stehen vor riesigen Herausforderungen. Aber auch Bereiche wie die Justiz oder die Kesb werden wegen der heutigen Asylpolitik enorm belastet.

**Stört es Sie, schlechte Botschaften zu überbringen, oder geniessen Sie diese Rolle?**

Weder noch. Ich versuche, sachlich zu bleiben. Die Bevölkerung hat ein Recht, zu wissen, wie unerfreulich die Situation in den Bereichen Asyl und Sozialkosten ist – in unserer Gemeinde, aber auch auf Kantons- und Bundesebene. Denn nur wenn die Probleme bekannt sind, kann man sie angehen und lösen. Diese Probleme unter den Teppich zu kehren, mag kurzfristig angenehmer sein, ist aber unredlich.

**Sie haben es in kurzer Zeit zu beachtlicher Bekanntheit gebracht. Wie gelang das?**

Ich bin Anfang 2014 in den Gemeinderat von Aarburg gekommen. Hier bin ich vorgegangen, wie ich es immer tue bei einer neuen Herausforderung: Ich informiere mich, analysiere und ziehe dann ein Fazit. Hier in Aarburg war mein Fazit, dass wir in grosse finanzielle Schwierigkeiten geraten, wenn weiterhin so viele Asylbewerber bei uns Wohnsitz nehmen. Denn diese Menschen leben mehrheitlich auf Kosten der Allgemeinheit, dauerhaft. Und wenige Jahre nach der Zuweisung muss Aarburg selber die entsprechenden Sozialkosten tragen. Andere Gemeinden haben zwar dieselben Probleme – aber dort spricht niemand darüber. Das finde ich unbegreiflich, ja beängstigend. Würden auch andere Gemeindevertreter Klartext reden, könnte man etwas bewirken und verändern.

**Es gibt doch etliche Gemeinden, wo Parteikollegen von Ihnen für Asyl und Soziales zuständig sind. Ducken sich denn auch diese SVP-Vertreter weg?**

Es scheint so zu sein. Möglicherweise liegt es aber auch daran, dass den Betroffenen die Probleme gar nicht bewusst sind. Oder dass sie resigniert haben, weil man als Gemeindevertreter wenig Einfluss hat.

**Was treibt Sie persönlich an?**

Ich habe einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit. Wenn ich im Bereich Sozialhilfe sehe, dass eklatante Missstände bestehen und zu Unrecht Geld bezogen wird und gleichzeitig niemand etwas dagegen unternimmt, dann weckt das meinen Gerechtigkeitssinn. Ich selber musste mir alles im Leben selber erarbeiten. Während meines Studiums arbeitete ich nebenher, um mir den Lebensunterhalt zu finanzieren. Wenn Leute aber nie etwas leisten und ihnen trotzdem alles auf dem Silbertablett serviert wird, stört mich das ungemein.

**In der SVP sind Sie rasch von einer unbekanntem Gemeinderätin zu einer Art Gailionsfigur gegen Asylwahn und Sozialmissbrauch aufgestiegen. Liegt das daran, dass Sie jung, weiblich und damit ein Glücksfall für Ihre Partei sind?**

In der Tat habe ich einen guten Draht zur Parteispitze und bin auch Mitglied der nationalen Asyl- und Ausländerkommissi-

on der SVP. Anfangs wurde ich von der Parteiführung eingeladen, um die Situation in Aarburg zu erläutern. Ich bin gekommen mit meinen Excel-Tabellen und habe nüchtern die Fakten erklärt – anderthalb Stunden lang. Und siehe da: Es war der Parteispitze nicht bewusst, welche vielfältigen Probleme auf die Gemeinden zukommen. Ich glaube, dass ich mit Detailkenntnissen und einem aufrichtigen Engagement überzeugt habe – nicht weil ich eine Frau bin.

**Vor kurzem wurde bekannt, dass Aarburg Ende Jahr aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) austritt. Ich nehme an, das geht auf Ihre Initiative zurück?**

Das fällt in mein Ressort. In Aarburg haben wir festgestellt, dass die Gemeinde bei Fällen von ungerechtfertigten Sozialgeldbezügen regelmässig am kürzeren Hebel sitzt. Die Gemeinde muss aufwendig Beweise beschaffen, wenn sie einen Missbrauch nachweisen will. Die Voraussetzungen für Leistungskürzungen oder Verwarnungen sind enorm hoch. Die Skos ge-

---

**«Generell spüre ich bei Frau Sommaruga kein Interesse, gemäss unserem Asylgesetz vorzugehen.»**

---

währt den «Klienten» umgekehrt einen Leistungskatalog, der nicht nachvollziehbar ist. Die Interessen der Steuerzahler hingegen werden kaum berücksichtigt. Unser Austritt aus der Skos bewirkt in der Praxis zwar nicht viel, solange der Kanton Aargau weiterhin dabei ist. Aber wir wollen zumindest ein Zeichen setzen.

**Man nimmt Sie als Gegenspielerin der grünen Regierungsrätin Susanne Hochuli wahr, die dem Asylbereich vorsteht. «Die Situation ist nach wie vor extrem schwierig», sagten Sie vor kurzem bezüglich dem Verhältnis zum Kanton – und meinten damit Hochuli.**

Ich habe den Eindruck, dass sich Susanne Hochuli nur für den Bereich interessiert, für den sie unmittelbar zuständig ist. Sie verteilt Asylbewerber auf die Gemeinden und kümmert sich nicht darum, dass diesen dadurch grosse finanzielle Probleme entstehen.

**Hochuli hat keine Wahl. Sie muss die vom Bund zugewiesenen Asylbewerber unterbringen. Sie macht nur ihren Job.**

Sicher. Zu ihrem Job würde aber auch gehören, klar auf die Probleme hinzuweisen, die im Kanton entstehen. Sie könnte zum Beispiel die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga treffen und ihr diese Probleme verständlich machen. Als grüne Politikerin ist Hochuli aber wohl der Meinung, man könne beliebig viele fremdländische Menschen aufnehmen und integrieren.

**Haben wir in der Schweiz ein Asylchaos?**

Ja. Bei uns gibt es zwar bis heute keine Zustände, in denen sich dieses Chaos für jeden sichtbar zeigt – wie etwa Menschen, die unter freiem Himmel schlafen müssen. Das Chaos besteht darin, dass die Schweiz heute Zustände schafft, die uns in einigen Jahren schwer zu schaffen machen werden. Wir setzen unsere Sozialwerke aufs Spiel.

**Laut der Uno sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht – angeblich so viele wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Braucht es da nicht aussergewöhnliche Hilfsbereitschaft, auch von der Schweiz?**

Sicher. Sinnvoll wäre es allerdings, in den grossen Flüchtlingscamps rund um Syrien zu helfen. Wenn Menschen zuerst mehrere sichere Länder durchqueren, um zu uns in die Schweiz zu kommen, ist das fragwürdig. Unser Land könnte zwar Kriegsvertriebene aufnehmen. Diese Menschen sollten aber wieder zurück in ihr Heimatland, sobald die Lage dort wieder besser ist. Ich bin überzeugt, dass die Bevölkerung bereit wäre, Kriegsflüchtlinge bei uns befristet aufzunehmen. Aber es kann nicht sein, dass hier überaus üppige Sozialleistungen fliessen, die immer noch mehr Leute anziehen.

**Was würden Sie konkret ändern, wenn Sie Simonetta Sommaruga wären?**

Ich würde den Asylbereich konsequenter und straffer führen. Vor allem würde ich viel transparenter agieren. Sommaruga aber hat zum Beispiel den Erfahrungsbericht ihres Mitarbeiters über die Verhältnisse in Eritrea unter dem Deckel gehalten. Dabei kommen die meisten Asylbewerber aus Eritrea zu uns, und wir sollten dringend Transparenz haben über deren angebliche Fluchtgründe. In diesem Bericht standen aber wohl Dinge, die Sommaruga nicht in den Kram passten. Generell spüre ich bei ihr kein Interesse, gemäss unserem Asylgesetz vorzugehen.

**Sie bekommen sicher viele Zuschriften und Mails. Wie tönt es darin?**

Im Grossen und Ganzen positiv. Immer wieder schreiben mir auch Leute, dass sie zwar nicht auf der Linie der SVP seien, dass meine Argumente sie aber trotzdem überzeugten.

**Negative Reaktionen gibt es auch. Jemand hat Ihnen vorgeworfen, statt einem Herz Stacheldraht in der Brust zu haben. Trifft Sie so etwas?**

Nein, so etwas geht an mir recht spurlos vorbei. Oft kommen solche Bemerkungen von Leuten, die gar nicht wissen, wie die Situation wirklich ist. Viele können sich schlicht nicht vorstellen, dass manche Menschen unser Sozialsystem bewusst ausnutzen, und meinen, jeder Fürsorgeabhängige sei ein Opfer. Wir haben es heute aber überwiegend mit Menschen aus anderen Kulturen zu tun, die keine Skrupel haben, unser System auszunutzen. Insofern habe ich ein Herz für die Bevölkerung, die hart arbeitet. ○